



	Submissionsnummer	90866
Baumaßnahme		
<b>Ersatzbau eines 3-gruppigen Kindergartens " Bruder Konrad in Gernlinden"</b>		
Angebot für		
<b>Schreinerarbeiten: Inneneinrichtung und Kücheneinrichtung</b>		

## Besondere Vertragsbedingungen

### 1 Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B))

#### 1.1 Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (=Ausführungsfristen):

Mit der Ausführung ist zu beginnen

- ☒ am **Juli 2015 (Planung, Fertigung)**  
☐ spätestens ..... Werktagen nach Zugang des Auftragsschreibens.

☐ in der ..... KW ....., spätestens am letzten Werktag dieser KW.

- ☒ innerhalb von 12 Werktagen nach Zugang der Aufforderung durch den Auftraggeber (§ 5 Abs 2 Satz 2 VOB/B); die Aufforderung wird Ihnen voraussichtlich bis zum ..... zugehen.

☐ nach der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Frist für den Ausführungsbeginn.

Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen)

- ☒ am **Ende Aug. 2015**  
☐ innerhalb von ..... Werktagen nach vorstehend angekreuzter Frist für den Ausführungsbeginn.  
☐ in der ..... KW ....., spätestens am letzten Werktag dieser KW.  
☐ in der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Fertigstellungsfrist.

#### 1.2 Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Abs. 1 VOB/B sind:

- ☒ vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn  
☒ vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung  
☐ folgende Einzelfristen  
☐ aus dem beigefügten Bauzeitenplan werden ausdrücklich als Vertragsfristen vereinbart (§ 5 Abs. 1 Satz 2 VOB/B)

☐ ohne Bauzeitenplan werden ausdrücklich als Vertragsfristen vereinbart:



## 2 Vertragsstrafen (§11 VOB/B)

Der Auftragnehmer hat als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:

### 2.1 bei Überschreitung der Ausführungsfrist

- ☐ ..... €  
☐ ..... v.H. des Endbetrages der Auftragssumme

### 2.2 bei Überschreitung von Einzelfristen

2.3 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt ..... v.H. der Auftragssumme begrenzt.

## 3 Rechnungen (§14 VOB/B)

### 3.1 Alle Rechnungen sind beim **Beim beauftragten Planer**

zwei -fach und zugleich

bei .....  
..... -fach einzureichen.

3.2 Die notwendigen Rechnungsunterlagen (z.B. Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, Handskizzen) sind

zwei -fach einzureichen.

## 4 Sicherheitsleistung (§ 17 VOB/B)

### 4.1 Stellung der Sicherheit

Sicherheit für die Vertragserfüllung ist in Höhe von

5 v.H. der Auftragssumme zu stellen, sofern die Auftragssumme mindestens **250.000** Euro ohne Umsatzsteuer übersteigt

Die für Mängelansprüche zu leistende Sicherheit beträgt

3 v.H. der Auftragssumme einschließlich erteilter Nachträge.

Rückgabezeitpunkt für eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche (§17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B)

#### **Ablauf der (vereinbarten) Verjährungsfrist für die Mängelansprüche.**

Stellt der Auftragnehmer die Sicherheit für die Vertragserfüllung nicht binnen 18 Werktagen nach Vertragsabschluss (Zugang des Auftragsschreibens), weder durch Hinterlegung noch durch Vorlage einer Bürgschaft, so ist der Auftraggeber berechtigt, Abschlagszahlungen einzubehalten, bis der Sicherheitsbetrag erreicht ist.

Nach Abnahme und Erfüllung aller bis dahin erhobenen Ansprüche einschließlich Schadenersatz kann der Auftragnehmer verlangen, dass die Sicherheit für die Vertragserfüllung in eine Mängelanspruchesicherheit umgewandelt wird.

### 4.2 Art der Sicherheit

Für die Vertragserfüllung und die Mängelansprüche kann Sicherheit wahlweise durch Einbehalt oder Hinterlegung von Geld oder durch Bürgschaft geleistet werden.

Der Auftragnehmer kann die einmal von ihm gewählte Sicherheit durch eine andere der vorgenannten ersetzen.

Für vereinbarte Abschlagszahlungen (§ 16 Abs. 1 S. 3 VOB/B) und für vereinbarte Vorauszahlungen ist Sicherheit durch Bürgschaft zu leisten.

### 4.3 Sicherheitsleistung durch Bürgschaft

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweilige Formblatt zu verwenden, und zwar für

- die Vertragserfüllung das Formblatt -421
- die Mängelansprüche das Formblatt -422
- vereinbarte Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen gem. §16 Abs.1 Nr.1 Satz 3 VOB/B das Formblatt -423



Die Bürgschaft ist von einem

- in den Europäischen Gemeinschaften oder
- in einem Staat der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder
- in einem Staat der Vertragsparteien des WTO-Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen zugelassenen Kreditinstitut bzw. Kredit- oder Kautionsversicherer zu stellen.

Die Bürgschaftsurkunden enthalten folgende Erklärung des Bürgen:

- "Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
- Auf die Einreden der Anfechtbarkeit und der Aufrechenbarkeit sowie der Vorausklage gemäß §§ 770, 771 BGB wird verzichtet. Der Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit gilt nicht für unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Gegenforderungen des Hauptschuldners.
- Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.
- Gerichtsstand ist der Sitz der zur Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle."

Die Bürgschaft ist über den Gesamtbetrag der Sicherheit in nur e i n e r Urkunde zu stellen.

Die Urkunde über die Abschlagszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Stoffe und Bauteile, für die Sicherheit geleistet worden ist, eingebaut sind.

Die Urkunde über die Vorauszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Vorauszahlung auf fällige Zahlungen angerechnet worden ist.

- 5 Soweit im Leistungsverzeichnis auf Technische Spezifikationen (z.B. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen) Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: "oder gleichwertig", immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

- 6 ☒ **Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche bestimmt sich nach den Regelfristen des VOB/B § 13 Abs. 4, soweit unter Ziff. 7 keine abweichende Vereinbarungen getroffen werden.**

- 7 ☐ **Abweichend von Ziff. 6 wird eine Verjährungsfrist für Mängelansprüche**  
**von**  
**für (VOB/B § 13 Abs. 4) vereinbart.**

- 8-9 - frei -

## 10 Weitere Besondere Vertragsbedingungen

*Die Bedingungen sind zu nummerieren; als Abschluss ist zu schreiben: "Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen".*

### 10.1 Steuerabzug bei Bauleistungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf die vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48b EStG) dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen